

DEUTSCHE WIRTSCHAFT

DIE WIRTSCHAFT DER BUNDESREPUBLIK IM HERBST 1968

„Wir stehen auf der sonnigen Alm der Prosperität.“ So kennzeichnete Bundeswirtschaftsminister Prof. *Schiller* in seiner bilderreichen Sprache mit einem Satz die Lage der westdeutschen Wirtschaft in diesem Herbst. In der Tat hat sich der Konjunkturaufschwung, der vor fast eineinhalb Jahren zunächst sehr langsam begann, im Laufe dieses Jahres rasch beschleunigt und entfaltet. Die wirtschaftliche Dynamik war stärker, als es alle Prognosen erwarten ließen. Selbst die besonders optimistische Vorausschätzung der Arbeitsgemeinschaft der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute vom Herbst vergangenen Jahres wurde übertroffen. Sie rechnete für das 1. Halbjahr 1968 mit einer *realen* — von Preisveränderungen bereinigten — Zunahme des Bruttosozialprodukts um 5,5 vH; der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und die Bundesregierung schätzten die reale Zuwachsrate auf nur 4 vH.

Reale Zuwachsrate von 6,2 vH

Tatsächlich war das Bruttosozialprodukt im 1. Halbjahr 1968 *real* um 6,2 vH höher als im gleichen Vorjahrszeitraum. Rechnet man die Erhöhung der Preisniveaus mit, dann ergibt sich ein *nominaler* Zuwachs von 7,4 vH.

Für das 2. Halbjahr 1968 wird sogar ein noch etwas stärkeres Wachstum erwartet. Die Arbeitsgemeinschaft der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute legte Mitte Oktober ihren Herbstbericht zur Wirtschaftslage vor¹⁾, in dem sie für das 2. Halbjahr 1968 einen Sozialproduktszuwachs von real 6,5 vH und nominal 9 vH vorausschätzte.

Wenn diese Voraussage eintrifft, wird das Bruttosozialprodukt in diesem Jahr insgesamt um rund 40 Mrd. DM oder reichlich 8 vH höher sein als 1967. Schaltet man den Anstieg des Preisniveaus aus, ergibt sich eine reale Zuwachsrate von 6,3 vH. Diese Rate entspricht dem Steigerungssatz (+ 6,4 vH), den der Sachverständigenrat in seinem vor einem Jahr vorgeschlagenen — allerdings von den Teilnehmern der Konzertierten Aktion nicht akzeptierten — „Rahmenpakt für Expansion und Stabilität“ für erforderlich hielt, um 1969 wieder eine optimale Ausnutzung der Produktionsmöglichkeiten zu erreichen²⁾.

Eine reale Zuwachsrate von 6,3 vH bleibt auch dann noch eindrucksvoll, wenn man bedenkt, daß 1967 die Produktionsmöglichkeiten nicht ausreichend ausgenutzt wurden und das

Sozialprodukt stagnierte. Auch in diesem Jahr wurden die Grenzen der Produktionsmöglichkeiten noch nicht wieder erreicht. Der Sachverständigenrat hatte berechnet, daß im vergangenen Jahr 5 bis 6 vH der vorhandenen Produktionskapazitäten ungenutzt blieben. Da die Produktionsanlagen in diesem Jahr infolge früher begonnener und nunmehr fertiggestellter Investitionsvorhaben um schätzungsweise 3 bis 4 vH erweitert wurden, waren wahrscheinlich auch 1968 im Jahresdurchschnitt immer noch annähernd 3 vH der Produktionsmöglichkeiten nicht ausgenutzt, gegen Jahresende allerdings vielleicht nur noch etwa 2 vH.

Keine Gefahr einer Konjunkturüberhitzung

’ Solange noch solche Reserven bestehen, ist es falsch, von einer angespannten Konjunkturlage zu sprechen und für das Frühjahr eine Überhitzung der Konjunktur zu prophezeien. Dafür fehlen die sachlichen Anhaltspunkte. Ein Vergleich mit ähnlichen Konjunkturphasen in früheren Jahren ergibt erhebliche Unterschiede. Einmal wird die Konjunktur diesmal nicht durch einen Bauboom angeheizt. Die *Sauwirtschaft* hat vielmehr zur Zeit nur ein unter dem Durchschnitt liegendes Wachstum.

Außerdem sind die Bundesregierung und die Parteien der großen Koalition offensichtlich entschlossen, eine verantwortungslose Ausgabenpolitik der Wahigeschenke, wie sie 1965 die Regierung *Erhard* und die damaligen Regierungsparteien CDU/CSU und FDP betrieben haben, 1969 nicht zu wiederholen. Der Regierungsentwurf des Bundeshaushaltsplans für 1969 wird jedenfalls zu Recht, auch von der Bundesbank, als konjunkturneutral bezeichnet. Schließlich ist überhaupt der Wille, es nicht zu einer Konjunkturüberhitzung kommen zu lassen, heute in ungleich größerem Maße vorhanden, als etwa vor vier, fünf Jahren. Dies gilt insbesondere für die Teilnehmer an der Konzertierten Aktion, die es damals noch gar nicht gab.

Bis zum Herbst hat sich jedenfalls „der Aufschwung in Stabilität“ vollzogen, wie das Bundeswirtschaftsministerium in seinem — Ende Oktober herausgegebenen — Bericht zur Wirtschaftslage im August 1968 feststellte³⁾. Selten zuvor war der Weg, auf dem sich die Wirtschaft befindet, so stark dem Ideal des „Gleichgewichtspfades“ angenähert, war die

1) Der vollständige Text ist u. a. abgedruckt im Bericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 24. 10. 1968.

2) Siehe die Besprechung des Vierten Jahrgutachtens des Sachverständigenrats in GM, H. 1/1968, S. 1 ff.

3) Dieser Bericht wurde am 10. November 1968 abgeschlossen. Die Zahlenangaben, die bis dahin über Produktion und Auftragsgänge in der Industrie, Außenhandel und Arbeitslosigkeit vorlagen, reichten bis zum Monat September.

Konstellation zwischen den Zielsetzungen des „Magischen Vierecks“ so günstig. Das wirtschaftliche Wachstum war und ist optimal, die *Vollbeschäftigung* wurde — bei einer Arbeitslosenquote von 0,8 vH Ende September — wieder erreicht und die *Verbraucherpreise* waren im ganzen stabil; der Preisindex für die Lebenshaltung war im September um 1,4 vH höher als ein Jahr zuvor — was etwa zur Hälfte auf die Mieterhöhungen zurückzuführen war —, die Einzelhandelspreise lagen sogar etwas unter dem Vorjahresstand (— 0,4 vH).

Das Sorgenkind der Wirtschaftspolitik ist in der zweiten Jahreshälfte 1968 vor allem der *Außenhandel*, wobei aber nicht Zahlungsbilanzdefizite, sondern extrem hohe Ausfuhrüberschüsse unser Problem sind, entstanden durch eine im Verhältnis zur Ausfuhr nicht genügend hohe Einfuhr. Wenigstens vorübergehend wurden allerdings in den letzten Monaten die Überschüsse in der laufenden Rechnung insbesondere durch Kapitalexporten ausgeglichen, so daß die Devisenbestände nicht erheblich zunahm.

Wieder steigendes Niveau der Verbraucherpreise

Es sieht so aus, als wenn sich die Wirtschaft im weiteren Verlauf der Konjunktur wieder von dieser äußerst günstigen Konstellation fortbewegt. In der Preisentwicklung zeichnet sich bereits eine Wende ab. Die Phase leicht sinkender Nahrungsmittelpreise ist vorüber. Im August/September lag das Preisniveau der Nahrungs- und Genußmittel im Warenkorb einer durchschnittlichen Arbeitnehmerfamilie noch um reichlich 1 vH unter dem Vorjahresstand. Dadurch wurde der Anstieg der Preise für Dienstleistungen, vor allem für Mieten, weitgehend ausgeglichen. Im August war es z. B. so gewesen, daß der Preisindex lediglich deshalb nur um 1,2 vH angestiegen war, weil die Nahrungs- und Genußmittelpreise um 1,4 vH niedriger waren als ein Jahr zuvor; die Preise aller übrigen Güter und Dienstleistungen waren im ganzen um 3,2 vH höher. Inzwischen sind die Preise für einige wichtige Nahrungsmittel gestiegen, angefangen von der Milch über die Kartoffeln bis zum Fleisch, und mit weiteren Preiserhöhungen, z. B. bei Käse, ist zu rechnen. Die Wirtschaftsforschungsinstitute schätzen, daß das Niveau der Verbraucherpreise im nächsten Jahr um etwa 2,5 vH ansteigen wird.

CDU-Minister lehnen Aufhebung der Preisbindung ab

Diesem Preisanstieg würde eine Aufhebung der vertikalen Preisbindung (der zweiten Hand) entgegenwirken. Aus konjunkturpoli-

tischer Sicht wäre der Jahreswechsel gerade der richtige Zeitpunkt für ein entsprechendes Gesetz. Bundeswirtschaftsminister Prof. Schiller hatte dem Bundeskabinett einen Entwurf vorgelegt, durch den die vertikale Preisbindung grundsätzlich verboten werden sollte. Die Minister der CDU/CSU im Kabinett lehnten jedoch diesen Gesetzentwurf ab. Sie sprachen sich auch gegen einen vom Bundeswirtschaftsministerium ausgearbeiteten Kompromiß aus, durch den die Preisbindungen nur eingeschränkt werden sollten.

Hauptsächlich auf Drängen des Mittelstandskreises ihrer Bundestagsfraktion haben die Minister der CDU/CSU einen Gesetzentwurf zu Fall gebracht, der mehr Wettbewerb gebracht und zur Sicherung der Geldwertstabilität beigetragen hätte. Die Verbraucher sind von diesem Verhalten erheblich betroffen, begründete doch das Bundeswirtschaftsministerium seinen Entwurf damit, daß die Preisbindung zu überhöhten Preisen tendiere. „Immer wenn bei uns in den letzten Jahren Preisbindungen zusammenbrachen, gab es erhebliche Preissenkungen.“ Sie wurden vom Bundeskartellamt auf durchschnittlich 15 vH geschätzt. Im ganzen hätten die Verbraucher im Jahr für die gleiche Menge an preisgebundenen Waren bis zu 2 Mrd. DM weniger zu bezahlen gehabt, wenn der Entwurf von Prof. Schiller vom Bundeskabinett und vom Bundestag verabschiedet worden wäre. Übrigens ist die Preisbindung in vielen Ländern, z. B. in Frankreich, Großbritannien, Schweden, Norwegen, Dänemark, Japan und den meisten Einzelstaaten der USA, grundsätzlich verboten.

Investitions- und Exportkonjunktur

Neben der sehr starken Auslandsnachfrage wird der Konjunkturaufschwung zur Zeit in erster Linie von den Investitionen der Unternehmen getragen. Die gegenwärtige Konjunktur ist eindeutig eine Investitions- und Exportkonjunktur, während der private Verbrauch immer noch zurückbleibt; seine Zuwachsrate ist erheblich niedriger als die des Sozialprodukts.

Im 1. Halbjahr 1968 wurden für *Ausrüstungsinvestitionen* um 7 vH mehr ausgegeben als im gleichen Vorjahreszeitraum, für das 2. Halbjahr wird die Zunahme auf 8 vH geschätzt. Dadurch wird allerdings der Rückgang in der Rezession (1967: —9,4 vH) noch nicht wieder ausgeglichen. Für die weitere Entwicklung ist jedoch bedeutsamer, daß sich die Auftragsbücher der Investitionsgüterindustrie rasch mit Inlandsaufträgen füllen. In den Monaten Juli/September waren die Auftragseingänge aus dem Inland wertmäßig um 23 vH, im 2. Vierteljahr 1968 um 16 vH höher als ein Jahr zuvor. Die gleichzeitigen Lieferungen wurden beträchtlich übertroffen, so daß die Auftragsbestände schnell größer wurden.

Die vom Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung laufend vorgenommenen Umfragen über die Investitionsabsichten der Industriefirmen ergaben im Oktober, daß 52 vH der meist größeren Unternehmen ihre Investitionen 1969 erhöhen wollen und nur 16 vH niedrigere Investitionen planen. Im ganzen wird für 1969 in der Industrie eine Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen um knapp ein Fünftel erwartet, für die gesamte Volkswirtschaft ein Zuwachs um 12 vH.

Baumarkt bleibt kühl

Die Entwicklung der *Bauinvestitionen* verläuft entgegengesetzt. Die beiden Konjunkturprogramme des Bundes vom Frühjahr und Herbst 1967 haben zwar sogleich psychologisch einen belebenden Einfluß auf die Konjunktur gehabt, sie wirkten sich aber größtenteils erst in diesem Jahr produktionssteigernd aus. Die Bauinvestitionen waren — nach einem Rückgang im 2. Halbjahr 1967 um 10,8 vH — im 1. Halbjahr 1968 um 5,2 vH höher als im gleichen Vorjahrszeitraum. Im 2. Halbjahr wird die Zuwachsrate voraussichtlich sogar rund 15 vH betragen. Für 1969 wird dagegen nur noch eine Zunahme um 4,5 vH vorausgeschätzt. Dies obwohl die Abwicklung der 1968 erteilten zusätzlichen öffentlichen Bauaufträge bis in das Jahr 1969 hineinreichen wird und infolgedessen die öffentlichen Bauinvestitionen 1969 noch um 7 vH zunehmen werden.

Die wichtigste Ursache für diese rückläufige Tendenz auf dem Baumarkt ist die, daß die Aufträge für Wohnbauten — die etwa 40 vH der Bauinvestitionen ausmachen —, soweit es sich heute übersehen läßt, stagnieren werden. Schon in den ersten sieben Monaten dieses Jahres betrug die Zunahme der Baugenehmigungen für Wohngebäude nur 4 vH, obwohl die Konjunkturprogramme eine zusätzliche Förderung von 60 000 Sozialwohnungen vorsahen. Träger der Baukonjunktur sind gegenwärtig der Tiefbau und der Wirtschaftsbau und nur noch in geringem Maß der öffentliche Hochbau. Bei dieser Lage wendet sich die Bauwirtschaft mit Recht gegen Stimmen, die eine Drosselung der öffentlichen Bauinvestitionen fordern. Sie weist darauf hin, daß der Bedarf an Schulen, Straßen und Krankenhäusern unverändert groß sei.

Im 1. Halbjahr 1968 hat die Wiederauffüllung der *Vorratslager* eine große Rolle gespielt und sehr zum Konjunkturaufschwung beigetragen. Das Statistische Bundesamt veranschlagt die Vorratsinvestitionen im 1. Halbjahr 1968 auf 5,5 Mrd. DM, während 1967 die Vorräte um 4,5 Mrd. DM abgebaut worden waren. Nunmehr werden allerdings von den Vorratsinvestitionen keine beachtlichen Impulse auf die Konjunktur mehr ausgehen.

Privater Verbrauch wächst nur langsam

Die Verbrauchsnachfrage beschleunigt sich nur langsam. Im 1. Halbjahr 1968 war der private Verbrauch mit einer Zuwachsrate von 4,1 vH hinter dem Sozialproduktswachstum, von 7,4 vH erheblich zurückgeblieben. Der Staatsverbrauch erhöhte sich sogar nur um 1 vH. Die Wirtschaftsforschungsinstitute nehmen an, daß der private Verbrauch im 2. Halbjahr 1968 um 6,5 vH bei einer Zuwachsrate des Sozialprodukts von 9 vH zunehmen wird; der Staatsverbrauch wird mit 7 vH Zuwachs vorausgeschätzt. Erst im Laufe des nächsten Jahres wird der private Verbrauch aufgeholt haben, so daß nach der Prognose im Jahresdurchschnitt 1969 Sozialprodukt und privater Verbrauch gleichmäßig um je 6,5 vH wachsen werden.

Das Zurückbleiben des privaten Verbrauchs hängt mit einer für den Konjunkturablauf typischen Erscheinung zusammen, auf die im Rahmen dieser Berichterstattung schon mehrfach hingewiesen worden ist. Gemeint ist die gegenläufige Entwicklung von *Gewinnen* und *Löhnen*: Im Aufschwung bleiben die Löhne und Gehälter in ihrem Zuwachs stark hinter den Gewinnen zurück. Erst mit einem beträchtlichen *time-lag* holen die Löhne auf, um in der Spätphase der Konjunktur die Gewinne zu überrunden. So war es in den bisherigen Konjunkturzyklen, so ist es auch diesmal wieder. Die mancherorts gehegte Hoffnung, daß infolge der konzertierten Aktion ein annähernder Gleichschritt zwischen Gewinnen und Löhnen erreicht werden kann, hat sich nicht erfüllt. Die Zahlen zeigen vielmehr folgendes Bild:

Enorme Gewinnexpansion

Die Lohn- und Gehaltssumme war im 1. Halbjahr 1968 brutto um 4,4 vH und netto (nach Abzug der Lohnsteuer und der Sozialversicherungsbeiträge) um 2,7 vH höher als ein Jahr zuvor. Dagegen stiegen die Einkommen der Privaten aus Unternehmertätigkeit und Vermögen binnen Jahresfrist brutto um 20,7 vH und netto sogar um 28,8 vH. Diese enormen Zuwachsraten der Gewinne sind allerdings zum Teil nicht konjunkturbedingt, sondern auf die Entlastung der Altvorräte von der Umsatzsteuer beim Übergang zur Mehrwertsteuer zurückzuführen. Den Unternehmen wurden 2,5 bis 3 Mrd. DM an früher entrichteter Umsatzsteuer auf die laufenden Steuerzahlungen angerechnet (bzw. zurückerstattet); um den gleichen Betrag erhöhten sich ihre Gewinne. Läßt man diesen Sondereinfluß unberücksichtigt, dann haben sich die Gewinne konjunkturbedingt immer noch um brutto 15 bis 16 vH und netto rund 20 vH erhöht. Auch im zweiten Halbjahr schließt sich die Schere zwischen Löhnen und Gewinnen nicht,

wenn auch der Abstand nicht mehr so extrem hoch ist. Die Lohn- und Gehaltssumme wird nach den Vorausschätzungen brutto um 7 bis 7,5 vH, netto um 6 bis 6,5 vH zunehmen, die Gewinne brutto um 11 vH und netto um 13 vH.

Hohe Selbstfinanzierungsquote

Der enorme Anstieg der Gewinne hat den Selbständigen eine starke Zunahme ihrer Gewinnentnahmen für private Zwecke (um 8,7 vH) und eine wesentliche Verbesserung der Selbstfinanzierung ermöglicht. Die — zur Investitionsfinanzierung verwendeten — nicht-entnommenen Gewinne beliefen sich im 1. Halbjahr 1968 auf fast 10 Mrd. DM gegenüber knapp 3 Mrd. DM im gleichen Vorjahreszeitraum, dem Tiefstand der Rezession. Auch das Ergebnis der ersten Hälfte des Hochkonjunkturjahres 1965 (8 Mrd. DM) wurde erheblich übertroffen. Berücksichtigt man, daß den Unternehmen hohe Abschreibungserlöse zur Verfügung standen, dann waren ihre Selbstfinanzierungsmittel im 1. Halbjahr um rund ein Viertel höher als ein Jahr zuvor. Die Bundesbank schätzt die Selbstfinanzierungsquote der Unternehmen im 1. Halbjahr auf nicht weniger als 86 vH — im Vergleich zu „normalerweise“ etwa 65 bis 70 vH.

Auch zwischen der *effektiven* und der *tariflichen* Lohn- und Gehaltsentwicklung haben sich beachtliche Unterschiede ergeben, eine Tendenz, die ebenfalls sympvotisch für die gegenwärtige Konjunkturphase ist. Die effektiven Wochenlöhne sind z. B. nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Wochenbericht des Instituts vom 26. 9. 1968) im 2. Vierteljahr 1968 um 7,7 vH höher gewesen als ein Jahr zuvor, die tariflichen Wochenlöhne waren aber nur um 3,5 vH höher. Ein Teil der Differenz erklärt sich aus einer — nach Aufhebung von rezessionsbedingter Kurzarbeit und Produktionseinschränkung — verlängerten Arbeitszeit und aus vermehrter Überstundenarbeit (mit der Zahlung von Zuschlägen). Ein Teil ist aber auch darauf zurückzuführen, daß viele Tarifverträge während der Rezession und danach noch unter ihrem Eindruck mit Erhöhungssätzen abgeschlossen wurden, die damals befriedigend waren, heute jedoch nicht mehr hoch genug sind, um die gute Umsatz- und Beschäftigungsentwicklung und die veränderten Knappheitsverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt widerzuspiegeln. Die Tarifverträge wurden indessen mit Laufzeiten von mindestens einem, mitunter anderthalb und zwei Jahren abgeschlossen; sie können zum Teil erst im Sommer oder Herbst 1969 erstmals gekündigt werden. Solange haben die Arbeitgeber einen vergrößerten Spielraum für einzelvertragliche oder betrieblich vereinbarte Lohn- und Gehaltsaufbesserungen.

Starker Nachholbedarf an Lohnerhöhungen

Es besteht also bei den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften ein erheblicher Nachholbedarf an Lohn- und Gehaltserhöhungen. Er wird die Tarifverhandlungen im nächsten Jahr bestimmen. Der Ausgleich kann natürlich nur dann erfolgen, wenn die Gewerkschaften Lohn- und Gehaltserhöhungen fordern und auch durchsetzen, die über den Zuwachsraten des Sozialprodukts, der Produktivität und der Gewinne liegen. Wie in früheren Konjunkturzyklen wird sich auch diesmal für die Gewerkschaften ein Nachteil daraus ergeben, daß die Löhne und Gehälter in einer konjunkturellen Phase nachziehen müssen, in der die Preise allgemein steigen. In der Öffentlichkeit wurden dann bisher immer die Gewerkschaften für den Preisanstieg verantwortlich gemacht. Der Anstieg der Gewinne erfolgt dagegen in einer Konjunkturphase, in der die Preise meist noch annähernd stabil sind.

Es sollte eine Aufgabe der Konzierten Aktion, aber auch insbesondere der Bundesregierung und der Bundesbank sein, die Öffentlichkeit über den sich aus dem Konjunkturablauf ergebenden *time-lag* sowie über die Berechtigung und volkswirtschaftliche Notwendigkeit des Nachziehens der Löhne und Gehälter mit überproportionalen Erhöhungssätzen aufzuklären. Vielleicht darf man es als ein gutes Zeichen ansehen, daß den Teilnehmern an der Konzierten Aktion von Vorstellungen des Bundeswirtschaftsministeriums Kenntnis gegeben wurde, wonach sich in einem Zeitraum von zwei Jahren die „*soziale Symmetrie*“ im Zeitablauf einstellen soll. Bei einem Vergleich zwischen 1966/67 und 1968/69 würden die Zuwachsraten der Gewinne und der Löhne und Gehälter kaum noch voneinander abweichen.

Jetzt wäre übrigens der konjunkturell richtige Zeitpunkt zur Einführung der *Lohnfortzahlung* im Krankheitsfalle für Arbeiter. Dies wäre eine Möglichkeit, durch die die Schere zwischen der Gewinn- und der Lohnentwicklung wieder etwas mehr geschlossen würde, zumal wenn die Lohnfortzahlung eine Senkung der Krankenkassenbeiträge zur Folge haben würde. Zum günstigsten Zeitpunkt wird aber die Lohnfortzahlung nicht mehr eingeführt werden können; er ist bereits verpaßt. Es ist überhaupt zu befürchten, daß der Lohnfortzahlung in den noch verbleibenden Monaten bis zur Bundestagswahl dasselbe Schicksal widerfährt wie dem Vorschlag, die Preisbindung aufzuheben. Auf Verlangen der CDU/CSU-Fraktion wurde die Beratung über die Lohnfortzahlung inzwischen nämlich mit einer — von den Gewerkschaften entschieden abgelehnten — Einführung einer höchst fragwürdigen Krankenscheingebühr gekoppelt,

über die wahrscheinlich keine Einigung im Bundestag erzielt werden wird.

Unterschiedliche Prognosen für 1969

Wird die Investitionstätigkeit im Laufe des nächsten Jahres so stark werden, „daß es zur Vermeidung eines sich über längere Zeit verstärkenden Preisanstiegs kontraktiv wirkender Maßnahmen bedarf“? Diese Frage hatten sich die Wirtschaftsforschungsinstitute bei der Abfassung ihres bereits erwähnten Herbstberichtes gestellt⁴). Mit Ausnahme des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung verneinen sie diese Frage: „Der Verlauf der im Frühjahr 1967 entstandenen Investitionswelle läßt unseres Erachtens erwarten, daß die Preiserhöhungen gegen Ende des Jahres 1969 ihren Höhepunkt erreichen und danach abklingen werden.“ Die Institute gehen von der Erfahrung aus, wonach bisher die Abschwächung in der Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen „etwa zweieinhalb Jahre nach dem Beginn des Investitionszyklus einsetzte.“ Diesmal erwarten sie den Beginn der Abschwächung in der Investitionsneigung für den Herbst 1969. Auch die voraussichtliche Entwicklung der sonstigen Nachfragegrößen ließe darauf schließen. Weder vom Wohnungsbau noch von den außenwirtschaftlichen Beziehungen seien neue Impulse für die private Investitionstätigkeit zu erwarten, und von den Staatsfinanzen würden, anders als früher, dämpfende Einflüsse auf die Gesamtnachfrage ausgehen.

Die Institute gelangten — mit der einen Ausnahme — zu folgendem Schluß:

„All dies schafft günstige Voraussetzungen für das Gelingen einer wachstumsgerechten Einkommens- und Preispolitik im Rahmen der Konzertierte Aktion. Wenn somit auch die zu erwartende Lohnentwicklung keinen Anlaß für kontraktiv wirkende Maßnahmen zur Bekämpfung des Preisaufstiegs liefert, so besteht insofern auch kein Grund, den Außenbeitrag durch die Aufwertung der D-Mark zu verringern.“

Anderer Ansicht ist das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung in Essen, das ein Minderheitsvotum abgab⁵). Wenn das Wachstumstempo der Investitionen im nächsten Jahr langsamer werden wird — in dieser Annahme besteht Übereinstimmung mit den anderen Instituten —, dann wird dies nicht auf eine Abschwächung der Investitionsneigung zurückzuführen sein, sondern darauf, daß die Grenzen der Produktionsmöglichkeiten erreicht werden.

„Der hohe Grad der Kapazitätsauslastung, die Zunahme der Auftragsbestände und die steigende Zahl der offenen Stellen deuten jedenfalls darauf hin, daß der Aufschwung sich rasch den vor allem vom, Arbeitskräfteange-

bot bestimmten Grenzen nähert und über den Mangel an Arbeitskräften eine neue knappheitsbedingte Kosten- und Preiswelle in Gang kommt, die die in der Rezession erreichte Stabilisierung des Kosten- und Preisniveaus zunichte macht.“

Bei einer solchen Entwicklung stellen sich für die Wirtschaftsforscher in Essen folgende drei wirtschaftspolitische Alternativen:

1. Man läßt dem Kosten- und Preisanstieg freien Lauf. Dann wird er sich weiter verstärken und das Kosten- und Preisgefälle zwischen der Bundesrepublik und dem Ausland verringern oder gar beseitigen, womit die wichtigste Ursache für die extrem hohen Ausfuhrüberschüsse entfallen würde. Es ist möglich, daß dieser Prozeß der „*schleichenden Inflation*“ die wirtschaftspolitisch Verantwortlichen schließlich doch noch zu einer Politik der Geldwertstabilisierung zwingen würde, die dann allerdings stärker ausfallen müßte als jene, die die Preiswelle gar nicht erst entstehen ließe.

2. *Nachfragedämpfende Maßnahmen* „bereits in unmittelbarer Zukunft“. Sie würden jedoch das zwischen der Bundesrepublik und dem Ausland bestehende Preisgefälle noch vergrößern, die Ausfuhrüberschüsse aus diesem Grunde vermutlich noch erhöhen und so genau das Gegenteil von dem erreichen, was beabsichtigt ist. Vor allem deshalb hat sich auch die Bundesbank bisher gegen nachfragedämpfende Maßnahmen ausgesprochen.

3. Das Rheinisch-Westfälische Institut empfiehlt als Alternative eine Änderung des Wechselkurses, genauer: eine *Aufwertung der D-Mark*. „Schon eine Änderung um wenige Prozent würde... die Gefahr einer Übernachfrage beseitigen, die außenwirtschaftliche Absicherung lösen helfen, den Preiswettbewerb zwischen Inland und Ausland fördern und nicht zuletzt auch zur Beseitigung der internationalen Zahlungsbilanz-Ungleichgewichte beitragen.“

Aufwertung der D-Mark?

Im Rahmen dieser Berichterstattung kann das Für und Wider einer Aufwertung nicht näher dargestellt werden, dazu ist es zu vielschichtig und umfassend. Hier ist nur festzustellen, daß Bundesregierung und Bundesbank bisher eine Aufwertung der D-Mark abge-

4) Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 24. 10. 1968, S. 267.

5) Der Leiter des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Prof. Bauer, ist zugleich Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Das neueste Jahresgutachten des Sachverständigenrates soll Mitte November der Bundesregierung zugeleitet werden. Es war bei Abfassung dieses Berichts noch nicht bekannt. Vermutlich wird aber der Sachverständigenrat auch für eine DM-Aufwertung plädieren.

lehnt und alle Aufwertungsgerichte wiederholt entschieden zurückgewiesen haben. Den Auswirkungen der internationalen Devisenspekulation — Umtausch ausländischer Devisen in D-Mark — hat die Bundesbank dadurch entgegengewirkt, daß sie den Geldexport erleichterte. Hohe Geld- und Kapitalexporte haben dazu beigetragen, daß der extrem hohe Ausfuhrüberschuß von 12 Milliarden D-Mark in den ersten neun Monaten des Jahres nicht zu einer relativ ebenso starken Steigerung unserer Devisenbestände geführt hat. Den Überschüssen in der Außenhandelsbilanz standen insgesamt fast ebenso hohe Defizite in den Dienstleistungs-, Übertragungs- und Kapitalbilanzen gegenüber.

Der DGB lehnt eine DM-Aufwertung ab. Sie bedeute unter den gegenwärtigen Bedingungen — mit den Worten des Leiters der Wirtschaftsabteilung der IG Metall *Karl Heinz Friedrichs* — „den Rückfall in die Rezession“, jedenfalls wenn sie nicht von massiven (flankierenden) Maßnahmen zur Steigerung der Inlandsnachfrage begleitet ist⁶⁾. *Friedrichs* macht darauf aufmerksam, daß der Ausfuhrüberschuß in erster Linie ein *Einfuhrdefizit* sei. Deshalb müsse bei der Erleichterung der Einfuhr und nicht bei der Beschneidung der Exporte der Hebel angesetzt werden. Der wirksamste Hebel wäre an sich eine befristete Senkung der Einfuhrumsatzsteuer⁷⁾.

Ausgangspunkt der Aufwertungsempfehlung der Essener Wirtschaftsforscher ist die

Annahme, daß kaum noch ein Arbeitskräfteangebot vorhanden sei. Demgegenüber rechnet die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung „nach wie vor mit einer beachtlichen ungenutzten Konjunkturreserve von in- und ausländischen Erwerbspersonen“⁸⁾. Insgesamt ständen rund 600 000 Arbeitskräfte zusätzlich zur Verfügung. „Vom Arbeitsmarkt her gesehen ist also hinreichend Spielraum für ein rasches Wachstumstempo der Wirtschaft im Jahre 1969 gegeben.“

Günter Fehl

- 6) Wirtschaftskommentar in „Der Gewerkschafter“, H. 10/1968, S. 393.
- 7) Das Bundeskabinett hat am 21. November 1968 einen Gesetzentwurf beschlossen, wonach bei der Entrichtung der Einfuhr-Umsatzsteuer eine Vergütung von 4 vH des Einfuhrpreises (bzw. von 2 vH bei steuerbegünstigten Waren) gewährt und die Ausfuhr mit einer Export-Umsatzsteuer in Höhe von ebenfalls 4 bzw. 2 vH belastet werden soll. Diese Maßnahmen sollen ein Beitrag der Bundesrepublik zur Lösung der schwierigen internationalen Währungssituation sein, die sich Mitte November vor allem infolge der Krise des französischen Francs zuspitzte und zu einer enormen Erhöhung unserer Währungsreserven führte. Die Fraktionen der Koalition im Bundestag wollen die Regierungsvorlage als Initiativantrag einbringen, so daß ein verkürztes Gesetzgebungsverfahren möglich wird. Die Bundesregierung nimmt an, daß der Ausfuhrüberschuß infolge der — bis zum 31. März 1970 befristeten — Maßnahme um rund 5 Mrd. DM geringer sein wird als es ursprünglich erwartet werden mußte.
- 8) Presseinformationen der Bundesanstalt vom 24. 10. 1968. Die Untersuchungsergebnisse sind abgedruckt in den „Mitteilungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“, Oktober 1968, S. 218 ff.